Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,80 M., monatl. 12 M., vorauszahlbar bei Abholung aus Für Abholer 10,50 M.
Redaktion Fehlandstraße 11, 1. Stock.
Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition Fehlandstraße 11, Erdgeschoß.
Buchhandlung: Erdgeschoß.
Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Hamburger Echo

Einzelnummer morgens 20 ₰, abends sowie Sonn- und Festtags 30 ₰.

Anzeigen die elfgespaltene Petitzeile 3,60 M., Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M. Kleine Anzeigen bis 9 Zeilen die Zeile 2,25 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 5 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 519. Sonnabend, den 5. November 1921 – Abend-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Die Katastrophenzahlen der deutschen Finanzpolitik.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst gibt über den Eindruck der gestrigen Rede des Reichsfinanzministers folgenden Bericht:

In einer Stimmung von tiefem Pessimismus nahm am Freitag nachmittag der Reichstag die Rede des Aushilfsministers Dr. Hermes über den Stand der Reichsfinanzen entgegen. Der Minister errechnete einen Fehlbetrag von 110 Milliarden Mark. Aber noch während er sprach, blieb auch diese ungeheure Zahl weit hinter der Wirklichkeit zurück. Hermes hatte bei der Vorbereitung seiner Rede mit einem Entwertungsfaktor für unsere Mark von 40 gerechnet. Schon aber war der Dollar auf über 240 hinaufgeschnellt, mithin das Sechzigfache des Friedenspreises erreicht. Nicht mehr um das Vierzigfache, sondern um das Sechzigfache ist die Mark entwertet. Damit gleiten die Katastrophenzahlen des deutschen Finanzministers noch mehr ins Bodenlose.

Auch seine engsten Freunde werden dem Reichsfinanzminister nicht nachsagen wollen, daß seine Rede dieser furchtbaren Lage der Finanzen gerecht geworden wäre oder auch nur als die Durchschnittsleistung einer parlamentarischen Finanzrede bezeichnet werden könnte. Es war die Zusammenstellung von Zahlen irgendeines Geheimrats, geschmückt mit einigen bedeutungslosen Redensarten. Den Mehrertrag der vorgeschlagenen Steuern schätzte der Minister auf 40 bis 42 Milliarden Mark. Selbst diese Belastung reicht aber nicht aus, um unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Die Gesamtausgaben des ordentlichen Etats allein werden nach den bisherigen Bewilligungen über 114 Milliarden betragen, dem stehen Einnahmen für 1921 von rund 61 Milliarden gegenüber, so daß ein Fehlbetrag von 53 Milliarden in dem sogenannten ordentlichen Reichshaushalt entsteht, zu dem im außerordentlichen Etat noch weitere 57 Milliarden ungedeckter Beträge hinzuzurechnen sind. Der Anleihebedarf des Reiches für 1921 steigt demnach auf 110 Milliarden Mark!

Die Linke und die Mitte hörten die niederschmetternden Zahlen ruhig und in tiefem Ernste an. Von den Rechtsparteien kamen Zurufe: „Die volle Pleite! Ganz und gar bankerott!" Herr Helfferich, der wohl für die Deutschnationalen sprechen wird, machte aufgeregte Zwischenrufe. Für ihn scheint der volle finanzielle Zusammenbruch Deutschlands sicher und ein Faktor in seiner Katastrophenpolitik zu sein. Wozu sich noch zur Erfüllung der Verpflichtungen an unsere Gegner anstrengen? Warum überhaupt noch Steuern beschließen? Es hilft ja doch alles nichts. Wir können nicht erfüllen! Das ist Helfferichs finanzielles Programm. Mehr weiß er nicht und mehr kann er nicht. Wir wollen nicht prophezeien, aber seine Rede zu Beginn der kommenden Woche wird auf dieselbe Negation wie seine gestrigen Zwischenrufe gestimmt sein.

*

Von einem parlamentarischen Mitarbeiter geht uns nachfolgende Betrachtung der finanziellen Lage des Reiches zu:

Der Reichsminister Dr. Hermes, der zurzeit die Geschäfte des Reichsfinanzministeriums wahrnimmt, weil sich für dieses mehr als schwere Amt im Augenblick der Reichskrise kein anderer Mann finden ließ, hat am Freitag im Reichstag in einer Rede des korrekten Amtsstils, die weder ein Gefühl verraten, noch einen Gedanken erkennen läßt, die neuen ungeheuren Steuervorlagen begründet und die katastrophale Lage der deutschen Finanzen dargelegt. Während der Minister sprach, notierte der Dollar an der Berliner Börse 235 bis 240 M.

Man muß unter diesen Umständen sich gestehen, daß die phantastischen Summen von Papiermilliarden, die der Minister tanzen ließ, trotz ihrer unvorstellbaren Größe gar keine Vorstellung von den wirklichen Verhältnissen geben. Man kann vielmehr besonders die Zahlen, die er für den Etat des Jahres 1922 angegeben hat, mit einer beliebigen Zahl multiplizieren — heute vermag niemand zu sagen, welcher Multiplikator der richtige ist, man kann nur sagen, die Zahlen des Ministers sind vielleicht richtig multipliziert mit X. Dieses X stellt die Verrechnungszahl zwischen unserer deutschen Währung und den maßgebenden Währungen des Auslandes, vornehmlich also dem Dollar, dar. Das Rechnungsjahr 1922 beginnt am 1. April nächsten Jahres und endet mit dem 31. März 1923. Was die Mark am 1. April nächsten Jahres, also nach ungefähr fünf Monaten, noch wert sein wird, das weiß kein Mensch. Noch viel weniger läßt sich voraussehen, wie sich der Wert unseres dürftigen Zahlungsmittels von da ab ein ganzes Jahr lang gestalten wird. Man kann nur sagen, daß die Aufstellung von Jahresetats heute einen Gebrauch darstellt, der aus alter Zeit übernommen ist, für den aber jetzt die Voraussetzungen fehlen. Früher wußte man, daß die Mark, von kleinen Schwankungen abgesehen, in fünf Monaten noch ebenso viel wert sein würde wie zuvor, und nach dem Ablauf eines weiteren Jahres ungefähr ebenso viel. Das war ein Wertmaßstab aus Metall, die heutige Mark ist ein Wertmaßstab körperlich aus Papier, bildlich gesprochen, aus Gummi, das sich aber nicht ausdehnt, sondern noch immer mehr zusammenschrumpft. Die deutsche Mark hat ihre Bedeutung als Wertmaßstab verloren.

Ein Trost bleibt dabei, nämlich der, daß zugleich mit den Ziffern der Ausgabeseite, auch die der Einnahmeseite wachsen können. Darum sind die Erträge, die der Minister aus den kommenden neuen Steuern errechnet, voraussichtlich viel zu klein. Wenn zum Beispiel eine Ware 100 M. kostet, so beträgt die 2½-prozentige Umsatzsteuer 2,50 M. Verdoppelt sich aber der Warenpreis, so verdoppelt sich auch diese Umsatzsteuer. Ein ähnliches Verhältnis liegt auch bei den meisten anderen Steuern vor.

Trotzdem bleibt das Reich, solange die Mark weiter sinkt, in schwerem Nachteil, nämlich in jenem Nachteil, in dem sich heute jeder Marktgläubiger gegenüber dem Marktschuldner befindet. Jederman schuldet dem Staat Steuern; zwischen dem Zeitpunkt aber, in welchem der Staat das Recht auf die Steuern erwirbt und jenem, zu dem die Steuer auch wirklich bezahlt wird, besteht ein ziemlich langer zeitlicher Zwischenraum. Eine Milliarde, auf die der Staat heute schon Anspruch hat, die aber erst in einigen Monaten einkommt, ist dann vielleicht nur noch soviel wert, wie heute 500 Millionen oder 250 Millionen.

Aus alledem geht hervor, daß sich der Staat unmöglich darauf beschränken kann, sich an die Ufer des ungeheuren Papierstromes zu setzen, der unsere Volkswirtschaft durchflutet und aus ihm herauszuschöpfen, was immer sich mit den Eimern der Steuergesetzgebung erfassen läßt. Ihm muß der Zugriff eröffnet sein auf die wirklichen Werte, die sich im Besitz seiner Bürger befinden, und das sind einmal die gewaltigen Guthaben in fremden Zahlungsmitteln, die in ausländischen Banken auf deutschen Konten liegen, und das sind zum anderen die im Inland befindlichen Sachgüter an Grund und Boden, Häusern, Fabrikgebäuden usw. Der Wert dieser Sachvermögen steigt, in Papiermark ausgedrückt, genau in demselben Maße, in dem das staatliche Zahlungsmittel, die Mark, sinkt. Hat der Staat ausländische Devisen, hat er inländische Sachwerte, so macht ihn das Fallen der Mark nicht nur auf der einen Seite ärmer, sondern es macht ihn auf der anderen Seite auch wieder reicher, weil der Wert der ihm zur Verfügung stehenden Mittel, in Papiermark ausgedrückt, steigt.

Bis jetzt ist es im großen ganzen so, daß das Fallen der Mark eine Bereicherung eines kleinen Kreises von Personen zum Schaden des Reiches und des ganzen Volkes bedeutet. Daß gewisse Kreise in Deutschland an der Entwertung der Mark und damit an der Verelendung des deutschen Volkes geschäftlich interessiert sind, beweist schon der Umstand, daß der spekulative Druck auf die Mark nicht vom Ausland, sondern von den deutschen Börsen ausgeht. Wenn die Mark beispielsweise in New York nur noch ein Vierzigstel des Friedenswertes hat, handelt man sie in Berlin schon mit einem Fünfzigstel, und wenn dann New York wieder nachkommt, eilt Berlin schon wieder voraus. Die deutsche Valutaspekulation kann es offenbar gar nicht erwarten, bis die Mark auf dem Niveau des Sowjetrubels angelangt sein wird.

Das alles beweist nun durchaus nicht, daß neue Steuern überflüssig sind, weil durch sie ja doch nicht geholfen werden könnte. Im Gegenteil, die Milliarden, die der Staat aus den Steuererträgen erzielen könnte, die er aber herauszuziehen unterläßt, müssen in der Reichsdruckerei frisch gedruckt werden und bewirken ein abermaliges katastrophales Sinken der Mark. Die ständige Valutaentwertung ist aber die sinnloseste und grausamste Form der indirekten Besteuerung, die sich überhaupt denken läßt.

Daraus folgt, daß Steuern, Kredithilfe und Erfassung der Sachwerte ein untrennbares Ganzes bilden für jeden ernsten Plan, der Katastrophe der deutschen Finanzen Einhalt zu gebieten. Ob sie alle zusammen dazu ausreichen, kann niemand mit Bestimmtheit sagen. Man muß es vielmehr bezweifeln. Trotzdem muß das deutsche Volk ganz offensichtlich an die Grenze seiner Leistungsfähigkeit, ja selbst über sie hinausstreben, um den Vorwurf zu entkräften, es stelle sich bloß zahlungsunfähig, ohne es in Wirklichkeit zu sein. Eine alle Möglichkeiten erschöpfende Finanzpolitik ist heute für Deutschland das einzig erfolgversprechende Mittel einer großen Politik, die auf eine Revision des Londoner Ultimatums hinzielt. Dieser Politik muß auch der Besitz Opfer bringen, gleichviel, ob er ihre Notwendigkeit selber begreift und freiwillig danach handelt, oder ob er durch die Macht der Gesetzgebung erst dazu gezwungen werden muß.

Frankreichs Sorgen um den deutschen Bankerott.

Der neue Marksturz wird in Frankreich sorgenvoll aufgenommen. Der französische Haushalt für 1922 weist einen Fehlbetrag von 1625 Millionen Franken auf, und die Franzosen sehen ihr Schlagwort zerrinnen, daß die Deutschen alles bezahlen werden. Blätter, wie der „Temps" und die „Liberté", behaupten, daß Deutschland seinen Bankerott mit Absicht beschleunige oder doch nicht verhindere, um seinen Zahlungsverpflichtungen zu entgehen. So erklärt die „Liberté" am Freitag, Reichskanzler Wirth könne mit Wilhelm II. sagen: „Das habe ich nicht gewollt." Es bleibt aber, ob er es gewollt hat oder nicht, eine Tatsache, daß Deutschland sich dem Bankerott nähert.

Bisher fand man bei der französischen bürgerlichen Presse keinen Schimmer von der Erkenntnis, daß die französische Politik an dem Finanzelend Deutschlands einen großen Anteil habe. Allein schon die gewaltige Besatzungslast, die das Werk Frankreichs ist, muß ja die deutschen Finanzen ruinieren.

Das Reichsmietegesetz.

Das Reichsmietegesetz beschäftigte am Freitag den Reichstagsausschuß für Wohnungspolitik. Beraten wurde der § 2 des Gesetzentwurfes, der die Berechnung der gesetzlichen Miete feststellt. Bei der Preisbestimmung soll von dem Mietzins am 1. Juli 1914, der sogenannten Friedensmiete, ausgegangen werden. Nötigenfalls soll sie von dem Mieteeinigungsamt festzusetzen sein. Unter Führung des Abgeordneten Boythien suchten Redner aller bürgerlichen Parteien die Regierungsvorlage mit dem Ziele abzuschwächen, eine Erhöhung der Friedensmiete zu erreichen. Nur der Zentrumsabgeordnete Tremmel, ein christlicher Arbeitervertreter, schloß sich von diesem Vorgehen der bürgerlichen Parteien aus. Abgeordneter Sollmann (SD.) bezeichnete die Regierungsvorlage als das Mindestmaß des zu Fordernden. Eine Erhöhung der Friedensmiete sei unerträglich. Die Sozialdemokratie wolle alles bewilligen, was zur Sanierung des Wohnungswesens notwendig sei, aber nichts, was zur Bereicherung Privater führen könne. Das Vorgehen der Hausbesitzervertreter habe die Sabotage des Gesetzes zum Ziel. Wenn diese Taktik sich in den Kommissionsverhandlungen fortsetze, werde man zu keiner Einigung kommen. Die Unabhängigen und Kommunisten nahmen denselben Standpunkt ein. Abgeordneter Boythien (DVP.) bestritt die Absicht der Sabotage. — Der Wohnungsausschuß beschloß, auch bei einer etwaigen Vertagung des Reichstags die Beratungen über das Gesetz fortzuführen.

Notstandsmaßnahmen für Invalidenrentner.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten beschäftigte sich am Freitag mit dem Entwurf eines Gesetzes über „Notstandsmaßnahmen zur Unterstützung von Empfängern von Renten der Invalidenversicherung". Nach dem Entwurf sind die Gemeinden verpflichtet, notleidenden deutschen Empfängern von Renten aus der Invalidenversicherung auf Antrag eine Unterstützung zu gewähren. Die Unterstützung ist in einer solchen Höhe zu bemessen, daß das Gesamteinkommen des Empfängers einer Invaliden- oder Altersrente den Betrag von 2100 M, einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 1500 M, einer Waisenrente den Betrag von 800 M erreicht. In der Aussprache über diese Bestimmungen herrschte Uebereinstimmung darüber, daß diese Beträge viel zu gering sind. Dagegen gingen die Meinungen darüber auseinander, ob es zweckmäßig sei, die neuen Zulagen zu den Renten nur unter Hinzurechnung des übrigen Einkommens des Rentenempfängers zu gewähren. Der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns wies darauf hin, daß es bei der gegenwärtigen allgemeinen Not unmöglich ist, auch solchen Rentenempfängern eine weitere Zulage zu gewähren, die in guten, wirtschaftlichen Verhältnissen leben und einer weiteren Hilfe nicht bedürftig sind. Die sozialdemokratischen Redner wiesen darauf hin, daß in den Städten fast alle Rentenempfänger wirtschaftlich sehr schlecht stehen; die Ausnahmen sind so gering, daß sie gar nicht in Betracht kommen, und durch sie bei weitem nicht so viel erspart wird, wie die Kosten der langwierigen Untersuchungen der Einkommensverhältnisse aller Rentenempfänger betragen. Hier werde nur eine Verschiebung von der Armenpflege auf die Reichskasse stattfinden. Dabei werden schwere Ungerechtigkeiten nicht zu vermeiden sein, und zwar besonders auf dem Lande. Unter diesen Umständen hielten es die Sozialdemokraten für das kleinere Uebel, von solchen Untersuchungen abzusehen und sich wieder mit weiteren allgemeinen Zulagen zu begnügen. Dagegen treten die bürgerlichen Parteien mehr oder weniger entschieden für die Beschränkungen der Hilfe auf die wirklich Notleidenden ein. — Ein anderer Gegensatz der Anschauung trat zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Landesregierungen im Reichsrat zutage. Die Reichsregierung will die Kosten zu je einem Drittel auf das Reich, die Länder und die Gemeinden verteilen.

Die Landesregierungen wollen fast die ganze Last dem Reiche auferlegen und nur 10 % den Gemeinden. — Welches Ergebnis die Beratungen haben werden, ist noch nicht abzusehen. Am Montag wird der Ausschuß sich mit den Einzelheiten der Vorlage beschäftigen.

Etwas von der Krippenwirtschaft.

Durch einen Antrag an den sozialdemokratischen Parteitag zu Görlitz ist bekannt geworden, daß der ehemalige Reichskanzler Fehrenbach ein Ruhegehalt von 45000 M jährlich bezieht, obwohl seine Amtszeit nur von kurzer Dauer war und sein Einkommen als Rechtsanwalt durch seine Reichskanzlerschaft a. D. sicher nicht beeinträchtigt ist. Eine kommunistische Reichstagsanfrage verlangte von der Regierung Auskunft, ob nach denselben Grundsätzen Ruhegehälter auch andern ehemaligen Ministern bewilligt worden sind. Die Reichsregierung antwortete, daß die Pension an Fehrenbach unter Anrechnung seiner Tätigkeit als „Sachwalter" erfolgt sei. Aehnliche Voraussetzungen hätten für die parlamentarischen Minister v. Payer, v. Krause, Koch und Dr. Scholz vorgelegen. Den beiden Letztgenannten wurde ihre kommunale Tätigkeit angerechnet. Unter den ferner von der Reichsregierung genannten Pensionsgewinnern befand sich der kurzlebige Staatssekretär des Kanzlers Michaelis, der frühere Kölner Oberbürgermeister Wallraf. Die Antwort der Regierung hat deutlich gezeigt, wohin etwaige Vorwürfe wegen Futterkrippenwirtschaft zu richten sind. Nicht ein einziger sozialdemokratischer Minister a. D. bezieht Pension.

An der gestrigen Berliner Börse erreichte der Dollar vorübergehend einen Kurs von 248. Im weiteren Verlauf trat infolge erheblicher Devisenverkäufe der Reichsbank eine Senkung ein. Es notierten amtlich New York 230, London 915, Holland 8000. Infolge des Mangels an Material mußten wieder Repartierungen vorgenommen werden. So wurden bei den meisten Devisen nur 50 bis 75 % der Nachfrage befriedigt.

Das englische Unterhaus hat am Freitag die Entschließung der Britischen Arbeiterpartei, die die Teilnahme Englands an der Abrüstungskonferenz in Washington ausdrücklich billigt, einstimmig angenommen.

Leinert oder Stegerwald?

Noch keine Gewißheit in Preußen.

SPD. Berlin, 5. November. (Drahtbericht.)

Neuerdings verlautet, daß das Zentrum auf der Kandidatur Stegerwalds als Ministerpräsident besteht, trotzdem auch das Zentrum einer Kandidatur Leinert schon seine Zustimmung gegeben hatte. Ob Leinert die ihm angetragene Präsidentschaft annehmen wird, sollte sich im Laufe des heutigen Vormittags entscheiden. Die Gewerkschaften Hannovers sowie auch die Stadtverordnetenfraktion haben Delegationen nach Berlin entsandt, um Leinert von der Uebernahme der Ministerpräsidentschaft abzuraten.

Der „Vorwärts" schreibt heute früh: „Das Stimmenverhältnis in der sozialdemokratischen Fraktion ist ein deutliches Zeichen dafür, wie stark die Bedenken dagegen sind, Preußen zum Versuchskaninchen der großen Koalition zu machen. Kommt die große Koalition zustande, so wird sich niemand in der sozialdemokratischen Partei der Erkenntnis verschließen, daß es sich um ein gewagtes Experiment handelt, vielleicht für absehbare Zeit um das letzte, das überhaupt gemacht wird. Die Koalition wird in Preußen weniger denn je eine Liebeskammer sein und mehr denn je ein Boden, auf dem Klasseninteressen aufeinanderstoßen." Die „Freiheit" überschreibt ihre Stellungnahme „Kapitulation" und glaubt, daß die Sozialdemokratie, die vorgestern noch einstimmig gegen die Volkspartei war, sich gestern aber mit knapper Mehrheit für die verbreiterte Regierungsbasis aussprach, mit den vergangenen Nationalliberalen, der Fraktion Drehscheibe, verglichen werden könne. „Auch wir sehen lieber," so schreibt das unabhängige Blatt, „einen Severing im Ministerium des Innern, als einen Dominicus. Aber so wünschenswert die Erreichung dieses Zieles erscheinen mag, so ist sie doch nicht wichtig genug, um jeden Preis für sie zu zahlen."

*

Nach den heutigen Nachrichten sieht es mit der preußischen Regierungsbildung wieder weniger sicher aus als am gestrigen Abend. Die aufgetretene Frage: Leinert oder Stegerwald? verstärkt die Ungewißheit, denn man wird der sozialdemokratischen Landtagsfraktion es nicht verübeln können, wenn sie in der Nominierung Stegerwalds seitens der bürgerlichen Koalitionsparteien einen Mißbrauch ihres Entgegenkommens sieht. Ueber dieses selbst wird Abschließendes erst nach endgültiger Verwirklichung der großen Koalition zu sagen sein. In dem heute morgen mitgeteilten Programm der Parteien vermissen wir die Behandlung der speziellen Fragen, insbesondere Vereinbarungen über Achtstundentag und Koalitionsrecht.

*

Leinert lehnt ab.

SPD. Berlin, 5. November. (Drahtbericht.)

Um 10 Uhr ist der interfraktionelle Ausschuß des preußischen Landtages zusammengetreten, um sich mit der Kandidatur des Ministerpräsidenten zu beschäftigen. Der Genosse Leinert hat endgültig abgelehnt. Genosse Braun, der von der Sozialdemokratie vorgeschlagen wurde, ist von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden. Augenblicklich debattiert man über die Ministerpräsidentschaft des Genossen Severing. Trotz alledem aber versuchen die Deutsche Volkspartei und das Zentrum immer noch, Stegerwald als Ministerpräsidenten beizubehalten. Die Demokraten sind der Auffassung, daß man die große Koalition an der Personenfrage nicht scheitern lassen kann.

Ein Reinfall.

Der Schriftsteller Dr. Kurt Tucholski als Mitarbeiter der „Weltbühne" bekannter unter den Pseudonymen Ignaz Wrobel, Peter Panter, Theobald Tiger, hatte in der „Freiheit" ein satirisches Feuilleton geschrieben, das den Geist des alten Offizierskorps beleuchtete. Der General Feldmann als Vertreter des damals beurlaubten Reichswehrministers hatte sich bemüßigt gesehen, wegen dieses Artikels Strafantrag zu stellen. Die Sache kam am Donnerstag vor der 11. Strafkammer zur Verhandlung. Der Staatsanwalt beantragte die gesetzliche Höchststrafe von 600 M. Seitens der Verteidigung wurde ausgeführt, daß ein gültiger Strafantrag gar nicht vorliege, da der Reichswehrminister nicht das Recht hätte, für das alte kaiserliche Offizierskorps Strafantrag zu stellen. Das Gericht schloß sich dieser Auffassung an und sprach den Angeklagten frei. Das Reichswehrministerium hätte sich die Blamage sparen können, wenn es sich weniger als Hüter der „Tradition" fühlte, vor allem aber, wenn es endlich mit dem Versuch aufhörte, durch seine Strafanträge Sünden und Fehler bemänteln zu wollen, die in keiner Weise zu bemänteln sind.

Die französische Kammer nahm einen Gesetzentwurf an, wodurch der 11. November zum Feiertag erhoben wird. Jedoch wird der Tag erst am darauffolgenden Sonntag begangen.

Das Staatsdepartement von Washington erhielt die amtliche Mitteilung, daß der japanische Premierminister Hara Freitag abend 10 Uhr infolge eines Attentats starb.

Erdsegen.

Vertrauliche Sonntagsbriefe eines Bauernknechtes.

Ein Kulturroman von Peter Rosegger.

[16]

Der Augapfel dieser Leute, ihr Herzblatt und ihre zitternde Freude ist —. Sagen tut's keines, anmerken tut man's jedem. Wenn die Barbel nicht da ist — wo ist sie denn? Wenn sie im Stalle Streu hebt oder vor dem Hause Holz schichtet — ist es wohl nicht zu hart für sie? Wenn sie bei Tisch den Löffel weglegt — was ist Dir denn, Kind, daß Du nit magst essen? Und hast wohl genug warm bei der Nacht, Barbel? Und tut Dir wohl nichts weh, Barbel?

Am Josefitag, während das Mädel in der Kirche war, habe ich ein Gespräch gehört zwischen dem Adam und seinem Weibe, das mir zu denken gibt. Sagt sie zu ihm: „Ich weiß nit, Adam, mir ist immereinmal so hart."

„Warum denn, Mutter?"

„Das weiß ich halt selber nit."

Machte er sein schalkhaftes Gesicht: „Wenn Dich was druckt, Alte, da weiß ich Dir einen guten Rat. Vor Zeiten wärest Du selber draufgekommen."

„Du meinst, daß ich für die armen Seelen im Fegfeuer ein Vaterunser beten sollt'?"

Er schüttelte den Kopf — das meine er nicht.

„Oder fleißig zum arbeiten schauen?" sagte sie.

„Weißt, Mutter, zu wenig greinen tust Du. Besser ausbrummen mußt Dich, nachher wird Dir schon g'ring."

„Das kannst sein lassen, Alter. Fürs Foppen bin ich jetzt nit aufgelegt. Traurig genug, wenn Du Dich nit kümmerst. Fällt Dir denn gar nichts auf, Adam? Daß sie alleweil so traurig ist!"

„Wer?"

„Und schon gar nimmer lachen will. Die Barbel!"

„Die Barbel? Nit lachen? Nimmer lustig sein? — Du, Weib, jetzt fällt mir das auch auf. Haben wir nit alleweil gesagt: das Hausglöckel?"

„Gelt! Und jetzt nimmer. Schon lang' nimmer. Oder weißt eine Zeit, wo sie gelacht hat?"

„Schon lang' nimmer," sagte er nachdenklich.

„Seit dazumal, wo sie ins Wasser gefallen ist, kommt sie mir halt ganz anders für!"

„Seit sie zu Hoisendorf in den Bach gefallen ist?"

„Seitdem ist sie nimmer so."

„Das kunnt ich mir nit denken, wegen was."

„Du, wenn's mit dem Kind was hätt'! Himmlische Mutter Maria, wenn dem Kind was tät sein!"

„Es müßte nur sein," meinte er, „daß Ihr die Hand weh tät."

„Die Hand? Sie wird doch an der Hand nichts haben!"

„Dem Rocherl seine."

„Mein Gott, es kann ja eh sein, daß es das ist."

„Sie sollt's doch sehen, daß der Bub' selber lustig ist."

„Ist nit sein Ernst, meinst Du! Dem steckt's tiefer, als er's scheinen lassen will. Geh', sag' das einer Mutter nit'. Was die Kinder müssen leiden, wenn man's selber kunnt tragen! Tausendmal gern! Daß uns so was hat müssen treffen mit dem Rocherl!"

„Mein Gott, Traudel," sagte er, „wir sind halt auf der Welt. Da ist doch das Unglück nichts Neues. Wollen denn wir den Himmel schon im Almgai haben? Narr'l, da tät' ja nachher das Absterben zu hart sein!"

So haben sie am Vormittage miteinander geplaudert beim Herdfeuer. Und zu Mittag, wie die andern von Hoisendorf heimkommen, bringen sie den Brief mit. Vom Soldaten. Die Hausmutter hat uns für denselben Mittag Leinölkrapfen bereitet gehabt, die sonst so gut sein sollen. Haben uns nicht geschmeckt. Der Valentin liegt krank im Spital zu Laibach im Krainerland. Was ihm fehlt, das schreibt er nicht. Immer an „heim" muß er denken. Immer an heim! — Der zuerst anhebt zu brüllen, das ist der Franzel. Den Rocherl stoßt's bloß in der Brust. Die Mutter hockt im Ofenwinkel, reglos, wortlos. Der Vater hat größere Augensterne bekommen, daß man das Weiße nicht mehr sieht. Die Barbel steht ganz ruhig am Winkelkasten und schaut mit ihren runden, betrübten Augen zum Fenster hinaus, und die Hände hat sie über der Schürze gefaltet.

Jetzt, Knecht, zugereister, mach' Dich einmal nützlich! Also fange ich an zu trösten: „Spital! Was weiter? Bin ich zweimal im Garnisonsspital gewesen, einmal vier, einmal sechs Wochen lang. Da fehlt einem gar nichts, als das bissel Gesundheit. Man hat sein warmes Bett, sein Stückel Fleisch und seinen Doktor. Und wird bedient wie ein Graf. Wachzustehen braucht man nicht, zu exerzieren braucht man nicht, hört keine Fluscherei, weiß von keiner Strafe und die Zeit vergeht doch. Manchmal geht's gar lustig zu im Spital: schwatzen, karteln, rauchen, feinsten Kommißtabak, versteht sich, nachher Geschichten erzählen und allerhand Narreteien, zum Kugeln vor Lachen. Ich sage nur das: manchem ist gar nicht gut, wenn ihm wieder gut ist und er heraus muß!"

Ich glaube, Philosoph, diesmal habe ich mir meine Suppe redlich verdient, mitsamt Salz und Kümmel. Die Angesichter haben sich schier aufgeheitert, wie ein Regenhimmel, wenn der Ost zieht.

„Ich denk' wohl auch, daß es nit so arg sein wird," meint der Hausvater, der überhaupt eine leichte Achsel hat auf die er das Schwerste legt.

Eine solche Achsel, wenn die Hausmutter hätt'! Diese ließ es sich nicht nehmen, daß der arme Valentin schwere Not würde leiden müssen. Es wäre ja ein alter Brauch, daß man die Soldaten schier verhungern ließe.

„Wenn er nur Hunger hat, auf dem Krankenbett!" sagte der Vater, „wenn er nur recht Hunger hat, nachher kommt er uns wieder!"

„Schreibt er nit um Geld?" fragte die Mutter. Der Rocherl, der den Brief gelesen, verleugnete auf einen Wink des Vaters die kleine Zeile ganz unten am Rand.

„Noch nit einmal hat er um Geld geschrieben!" erklärte die Mutter.

Die verleugnete Zeile aber lautete: „Nur um zwei Gulden, wenn ich bitten dürfte, liebe Eltern!"

Der Vater wollte mit den Kindern erst die Geldbeschaffung besprechen, bevor er der Mutter die Bitte mitteilen mochte.

Tags zuvor war der Steuerbote dagewesen, schon das dritte Mal seit sechs Wochen. So verworren, daß sich kein Mensch auskennt, spricht der Zahlungsauftrag von „rückständiger" Steuer, die der Adamshauser schon längst bezahlt zu haben wähnte. Es half ihm nichts, der Bote trug den Rest des Sparpfennigs mit fort, mit der Drohung, daß er nicht wiederkomme! Wenn bis Ostern die letzte Quote nicht bezahlt sei, dann ginge es an ein paar Ochsen! O welches Glück, in einem Kulturstaat zu leben!

Der fürsorgliche Besuch des Herrn Staates hatte damals dem Adamshauser einen Asthmaanfall gebracht. Wie der Steuerbote die Lunge angriff, so ging nun der Soldatenbrief ans Herz.

Jetzt merkte ich aber, daß die Barbel anhub, ein frohes Gesicht zu machen.

„Braucht der Valentin etwa Geld?" fragte sie leichthin.

„Na freilich wird ein Soldat nie zuviel Geld haben," meinte der Vater.

Nach wenigen Minuten brachte sie aus ihrer Kammer ein zierlich mit bunter Wolle gesticktes Mapplein.

„Da kann er gleich heimreisen, wenn er mag," sagte sie. Acht oder zehn glatt zusammengefaltete Papiergulden tat sie hervor.

Stürzte erregt die Mutter herbei: „Barbel, wo hast Du das Geld her?"

„Geh', närrisch," lachte der Vater, „woher wird sie's denn haben? — Mir scheint, Tochter, Du willst Dein Kresengeld vertun!"

Es war aber nicht das Taufpatengeld, wie er meinte.

„Habt Ihr auf die Hetschen-Basel denn schon ganz vergessen?" fragte die Barbel. O, Freund, wie schön ist ihr Muttergottesgesicht, wen sie schalkhaft schmunzelt!

„Das Geld von der Basel?"

„Das sie mir vermacht hat. Ihr wisset es ja, Mutter."

„Und daß Du die Erbschaft in die Kailinger Sparkasse solltest legen! Ja, hast das Geld denn nit eingelegt? Du leichtsinnige Dirn', Du!"

„Was brauchts denn die Kailinger Sparkasse, wenn mans daheim auch gut aufheben kann!"

Als sie den letzten Schein aus der Mappe tut, werfe ich einen Blick auf das Geld und erschrecke ganz abscheulich. Sind es lauter Papiergulden, die schon seit zwei Jahren keine Gültigkeit mehr haben.

Und wollen sie dieses Geld dem Valentin schicken! Da habe ich mir wohl gedacht: O Adam! Adam! Bisweilen wäre doch auch im Bauernhause eine Zeitung nicht schlecht!

Jetzt frage ich Dich, Alfred! Du bist zwar ein tapferer Mann, schon darum, weil Du so fest zum zugereisten Bauernknecht stehest. Aber die Hand aufs Herz! Hättest Du den Mut, dieses Wesen aufzuklären darüber, daß ihr in der schönen Mappe so sorgfältig gehüteter Sparpfennig, mit dem sie dem kranken Valentin die Heimreise ermöglichen will, wertlose Papierfetzen sind? Das wäre ja gerade, als risse ihr ein gottverfluchter Erzräuber das Vermögen aus der Hand. — Na, da rücke ich mich auf meiner Bank ein wenig gegen die Tischecke hin.

Fortsetzung folgt.